

Paderborner Volksblatt

für Stadt und Land.

Nro. 61.

Paderborn, 22. May

1849.

Das Paderborner Volksblatt erscheint vorläufig wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Samstag. Der vierteljährliche Abonnementspreis beträgt 10 Sgr., wozu für Auswärtige noch der Postaufschlag von 2 1/2 Sgr. hinzukommt. Anzeigen jeder Art finden Aufnahme und wird die gespaltene Zeile oder deren Raum mit 1 Sgr. berechnet.

Uebersicht.

Deutschland. Berlin (Gerücht einer zweiten Proclamation des Königs); Frankfurt (das neue Ministerium; ein preuß. Prinz erwartet); Köln (Dr. Carl Marx aus Preußen verwiesen); Iserlohn (Bekanntmachung des General-Majors v. Hanneken); Solingen (Truppeneinmarsch, Belagerungszustand); Elberfeld (traurige Folgen des Aufstandes); Heidelberg (Besürchtungen vor den Franzosen); Mannheim (Militair an der badischen Grenze); Speier (Flucht des Großherzogs von Baden); Hannover (Anschluß an den Zollverein); Wien (Rückzug der Ungarn; russische Truppenmärsche.); Schleswig-Holstein. Grütsoe (Gefecht mit den Dänen); Aus Nord-schleswig (Vorrücken der Truppen); Altona (Durchmarsch der hannov. Munitionscolonne); Hadersleben (Preußen in Aarhus eingerückt). Frankreich. Paris (Börse, Wahlen etc.; Wahlberichte). Italien. Nachrichten aus Rom). Rußland. Petersburg (Manifest Nikolaus).

Deutschland.

LC Berlin, 19. Mai. Man spricht von einer zweiten Proclamation Sr. Majestät an das preussische Volk, in welcher unter Bezugnahme auf die vorzüglich im Süden und Westen Deutschlands sich leider kundgebenden, revolutionären und anarchischen Bestrebungen die Nothwendigkeit eines energischen Einschreitens, allenthalben wo sich revolutionäre Bewegungen zeigen, dargethan wird. Es soll durch jene Cabinetsordre gleichzeitig die Zusammenberufung der Kammer, welche nach Art 49. der Verfassung innerhalb 5 Wochen erfolgen mußte, bis zu der Zeit hinausgeschoben werden, in welcher die Verhältnisse im gesammten Vaterlande sich consolidirt hätten, jedoch soll diese Suspension der Volksvertretung keinesfalls länger als ein Jahr dauern und die am 5. Decr. 1848 gegebene Verfassung schon jetzt von Sr. Majestät, dem Heere und den Beamten feierlich beschworen werden. Wir nehmen keinen Anstand, diese wie es scheint, begründete Nachricht mitzutheilen, um so mehr, als auch einige der letzten leitenden Artikel der ministeriellen „deutschen Reform“ auf einen derartigen entscheidenden Schritt hinzudeuten und vorzubereiten bestimmt zu sein scheinen. — Seit gestern circulirt das Gerücht, Jacoby sei auf der Rückkehr von Frankfurt, nachdem er das preussische Gebiet betreten, verhaftet worden. Jacoby hatte sich nach der Auflösung der zweiten Kammer nach Frankfurt begeben, jedoch die Aufforderung, an Stelle des ausgeschiedenen Herrn v. Rauter in das Parlament zu treten, abgelehnt. Gegen Philipps soll ein Verhaftsbefehl gleichfalls vorliegen. Derselbe hatte in Begleitung der Abgeordneten Dr. Knauth und Hildenhagen eine Rheinreise gemacht und ist gegenwärtig in Familienangelegenheiten in München.

Frankfurt, 17. Mai. (Reichsversammlung.) Am Schluß der Nachmittagsitzung vom 16. geht von dem Präsidenten des abgetretenen Reichsministeriums ein Schreiben an die Versammlung ein, welches in der That die Ernennung des geheimen Justizraths Herrn Dr. Grävell zum Minister des Innern und zum Vorsitzenden des Minister-rathes anzeigt. (Staunen und Unwille.) Zugleich erscheint Herr Grävell selbst auf der Tribüne mit der Hinweisung auf sein graues Haupt und der Versicherung, daß es nicht der Ehrgeiz sei, der ihn zur Uebernahme eines so verantwortungsvollen Amtes getrieben. Er bittet, daß es ihm die Versammlung nicht erschwere, und kündigt an, daß die Bildung des Ministeriums so weit vorgeschritten sei, daß er Herrn Detmold für die Justiz, den General Herrn Jochmus für das Auswärtige, Herrn Merck für die Finanzen benennen könne. Für den Krieg sei der Minister ebenfalls ernannt und habe angenommen; weil er aber noch nicht eingetroffen, wolle er (Grävell) mit dessen Bezeichnung vor der Hand zurückhalten. (Fürst A. Wittgenstein heißt es von unterrichteter Seite her.) L. Simon richtet die dringende Anfrage an den neuen Reichsministerpräsidenten, ob er bereit sei, die Verfassung zur Durchführung zu bringen. Er vertagt die Antwort bis morgen, wo er das Programm vorlegen werde, das sich ausführlich über diesen Gegenstand ausspreche. Noch kommt eine Austritts-erklä-

rung von v. Amstetter (Schlesien) zur Anzeige, dann wird bald nach 7 Uhr die Sitzung geschlossen.

— Ein heute Nachmittag hier auf den Straßen ausgetobenes fliegendes Blatt berichtet u. A.: „Man erwartet hier einen Preussischen Prinzen, welchem der Reichsverweser die Centralgewalt übertragen, und welcher dann, falls die Nationalversammlung nicht von ihren Beschlüssen über die Reichsverfassung absteht, sie auflösen soll.“

Frankfurt, 17. Mai. Die Verkündigung des Belagerungszustandes für Stadt und Umgegend von Frankfurt soll schon gedruckt sein. Mehrere Abgeordnete der Linken sehen alsdann ihrer Verhaftung entgegen.

Köln, 19. Mai. Die „Neue Rheinische Zeitung“ hört ein-
weilen auf, zu erscheinen; ihre letzte heutige Nummer ist ganz mit rother Farbe gedruckt. An den Redacteur en chef ist folgende Verfügung erlassen worden:

„In ihren neuesten Stücken tritt die N. Rh. Ztg. mit der Aufreizung zur Verachtung der bestehenden Regierung, zum gewaltsamen Umsturz und zur Einführung der socialen Republik immer entschiedener hervor. Es ist daher ihrem Redacteur en chef, dem Dr. Karl Marx, das Gastrecht, welches er so schmähtlich verletzt, zu entziehen, und da derselbe eine Erlaubniß zum fernern Aufenthalt in hiesigen Staaten nicht erlangt hat, ihm aufzugeben, dieselben binnen 24 Stunden zu verlassen. Sollte er der an ihn ergehenden Aufforderung nicht freiwillig Genüge leisten, so ist derselbe zwangsweise über die Grenze zu bringen.“

Köln, 11. Mai 1849.

Königliche Regierung. Möller.

An den Königl. Polizei-Director Herrn Geiger hier.

— In Folge des Verbots der „N. Rh. Ztg.“ ist heute ein Straßenplakat hier angeschlagen, welches zu einer Versammlung auffordert, um die sofortige Bildung eines neuen Organs der Demokratie zu berathen.

Iserlohn, 18. Mai. Hier ist folgende Bekanntmachung pub-
licirt worden:

„Die Stadt Iserlohn ist durch eine verbrecherische Rotte zum Schauplatz eines bewaffneten Aufstandes geworden, und ähnliche aufrührerische Bewegungen haben sich sowohl in den übrigen Theilen des Kreises Iserlohn, als auch in einzelnen Theilen des Kreises Hagen verbreitet.“

Von des Königs Majestät mit dem Kommando einer Truppenmacht beauftragt, um die gestörte Ordnung wieder herzustellen, habe ich den Aufbruch in der Stadt Iserlohn bereits mit bewaffneter Hand unterdrückt und werde auch die übrigen aufständischen Gegenden sofort militärisch in Besitz nehmen. Um die Herstellung des Gesetzes und der Ordnung, der Sicherheit der Personen und der Unverletzlichkeit des Eigenthums im Interesse aller gutgesinnten Einwohner um so schneller und so kräftiger zu fördern, finde ich mich veranlaßt, in Gemäßheit des Gesetzes vom 10. d. Mts., sowie des Artikels 110 der Verfassungsurkunde und auf den Antrag des Regierungs-Präsidenten von Bardeleben

„die Stadt und den ganzen Kreis Iserlohn, sowie die Stadt Hagen, die Aemter Hagen, Böle, Ennepe, Enneper-Sträße, Langerfeld und Brekerfeld, hierdurch in Belagerungszustand zu erklären.“

In Folge dessen treten für die bezeichneten Bezirke die Bestimmungen der Verordnung vom 10. d. Mts., insbesondere die nachstehenden auf welche ich hierdurch ernstlich aufmerksam mache, in Kraft:

§. 4.

„Mit der Bekanntmachung der Erklärung des Belagerungszustandes geht die vollziehende Gewalt an die Militär-Befehlshaber über. — Die Civil-Verwaltungs- und die Kommunalbehörden haben den Anordnungen und Aufträgen der Militär-Befehlshaber Folge zu leisten.“

Für ihre Anordnungen sind die betreffenden Militär-Befehlshaber persönlich verantwortlich.“

§. 8.

„Wer an einem in Belagerungs-Zustand erklärten Orte oder Bezirk